

GERSTETTEN, 27.05.2011. Auf Einladung des Vereinsmitgliedes Klaus Schiele, sowie des Kreisverbandes Heidenheim der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) reisten die Vorstandsmitglieder der IG Botulismus Klaus Wohldmann (1. Vorsitzender), Niels Bratrachovsky (Schriftführer) und Rechtsanwalt Dr. Eberhard Grabow am 24.05.2011 zu einem Arbeitsbesuch nach Gerstetten (Baden-Württemberg). Anschließend fand ein Pressetermin statt.

Seit 2002 ist der bäuerliche Betrieb von Klaus Schiele vom chronischen Botulismus befallen und dadurch nachhaltig geschädigt. Mehrere Jahre zieht sich zwischenzeitlich die gerichtliche Auseinandersetzung um Schadensersatzansprüche, die Landwirt Klaus Schiele gegen die Gemeinde Gerstetten geltend macht. Die Kommune hatte über mehrere Jahre widerrechtlich einen Regenauslauf auf dem Grundstück Schieles betrieben. Deshalb stellte der Gedanken- und Erfahrungsaustausch der beteiligten Juristen einen wichtigen Schwerpunkt des Treffens dar. Der Schweriner Anwalt Dr. Grabow regte in diesem Zusammenhang die Bildung eines Netzwerks zwischen den Rechtsvertretern an. Dr. Grabow: "Wir müssen die Widerstände der Agrarpolitik und Veterinärmediziner gegen die berechtigten Ansprüche der Landwirte brechen".

Den "Fall Schiele" politisch betrachtet, sieht Sebastian Frankenberger, der anwesende Bundesvorsitzende der ÖDP, vor allem Nachholbedarf bei der Herausgabe von Informationen. Während in vielen Bundesländern und Kommunen zwischenzeitlich ein Informationsgesetz gelte, wonach Bürger in nahezu alle behördlichen Vorgänge Einblick erhalten können, wird im schwäbischen Gerstetten das "Amtsgeheimnis" aus der Zeit des Absolutismus noch eisern verteidigt. Eindrucksvoll konnten demgegenüber die Gäste von ihren positiven Erfahrungen der Informationsfreiheit aus Mecklenburg-Vorpommern berichten.

"Der chronische Botulismus muss endlich als Tierseuche anerkannt werden", um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen stellte Jurist Dr. Eberhard Grabow zum Schluss die von ihm und der Interessengemeinschaft Botulismus beim Bundestag eingereichte Petition vor. Dabei müsse insbesondere auch die Öffentlichkeit über die sich aus der Krankheit ergebenden Gefahren aufmerksam gemacht werden. Gleichzeitig müsse Betroffene Unterstützung erfahren, um alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, sich gegen fehlerhaftes Verwaltungshandeln juristisch zu Wehr zu setzen.

